

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinzahlung des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle Stuttgart, Adlestraße 10
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzustellungsliste

Der Kampf um die Zollvorlage

Die von der Regierung eingebrachte „keine Zollvorlage“ ist im Reichswirtschaftsrat als auch im Reichsrat beraten und dem Reichstag zur ersten Lesung übermittelt worden. Damit ist der Kampf um die Zollvorlage in sein letztes entscheidendes Stadium getreten, obwohl erst wenige Wochen verfloßen sind, seitdem er überhaupt in vollem Umfange eröffnet worden ist.

Es ist nötig, bevor man sich mit der Vorlage im einzelnen befaßt, auf diese Taktik der Regierung, auf diesen Versuch, die Zollgesetze mit allen Mitteln durchzusetzen, immer wieder hinzuweisen. Obwohl beispielsweise der Reichswirtschaftsrat seit mehr als einem halben Jahre immer wieder von der Regierung verlangt hat, daß ihm endlich die Vorschläge der Regierung zur eingehenden Beratung unterbreitet werden, hat die Regierung die Eröffnung der öffentlichen Besprechung immer wieder hinausgeschoben. Erst am 19. Mai ist der Besprechungsbericht über Zolländerungen, die sogenannte kleine Zollvorlage, dem Reichswirtschaftsrat in vollem Umfange vorgelegt worden. Gleichzeitig mit dieser verpackten Vorlage legte nun aber das schärfste Drängen der Regierung ein, die Beratungen auf das äußerste zu beschleunigen. Während der Reichswirtschaftsrat den Wunsch hatte, sich mit der Angelegenheit ganz ausführlich zu befassen, hat der Zolltarifausschuß den an ihn gestellten Anforderungen der Regierung in vier Sitzungen genügen müssen. Obwohl vor allem durch das tatkraftige Vorgehen der Arbeitervertreter in die Beratungen alle nur mögliche Gründlichkeit hineingetragen worden ist, hat die Regierung beim Reichswirtschaftsrat ihre Absicht, die Beratungen sehr abzukürzen, leider in ziemlichem Umfange erreicht.

Dieselbe Taktik, die Beratungen mit allen Mitteln zu beschleunigen und damit die Möglichkeiten einer gründlichen Prüfung zu verkürzen, soll nun wieder im Reichstag befolgt werden. Auch hier wird sie auf den entschlossenen Widerstand vor allem bei den Vertretern der Arbeiterschaft stoßen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Reichstag seine Zustimmung in einer für unsere wirtschaftliche Zukunft entscheidenden Angelegenheit gibt, ohne daß alle Mittel zu einer gründlichen Prüfung vorher angewandt wurden.

Das öffentliche Bestreben der Regierung, eine so gründliche Prüfung zu verhindern, spricht bereits sehr gegen den sachlichen Wert ihrer Vorlage. Wenn wir uns diesen Gesetzesentwurf zunächst in seiner Gesamtheit ansehen, so erkennen wir sehr bald seinen wahren Charakter. Was hier dem deutschen Volke auferlegt werden soll, ist ein fast lüdenloser Hochschutzzoll. Der Zoll ist lüdenlos, denn er umfaßt nicht nur die industriellen Fertigfabrikate, sondern auch eine große Reihe von Rohstoffen der Industrie und der Landwirtschaft. Er enthält vor allem auch, was für die Massen der Verbraucher am wichtigsten ist, einen fast lüdenlosen Zoll auf alle Lebensmittel, einschließlich der Hauptnahrungsmittel der ärmsten Massen der Bevölkerung, Brot, Kartoffeln und Margarine. Und es ist ein ausgesprochen Hochschutzzoll; denn gegenüber den gewöhnlich niedrigen Zöllen der Vorkriegszeit sind in dem Regierungsentwurf beträchtliche Erhöhungen, zum Teil Verdoppelungen und Verdreifachungen vorgesehen, und bei einzelnen Erzeugnissen, wie zum Beispiel bei den für die Landwirtschaft so wichtigen Motorpflügen, beträgt der neue Zollsatz sogar das Zwanzigfache der Vorkriegszeit.

Da, wie wir gesehen haben, die Regierung den parlamentarischen Körperlichkeiten allzu wenig Zeit zur Prüfung der Vorlage zu lassen gedenkt, so sollte man wenigstens annehmen, daß diese Vorlage selbst auf das allergründlichste vorbereitet worden und daß vor allem die amtliche Begründung, die die Regierung dazu gegeben hat, ein Muster von Sachlichkeit und wissenschaftlicher Gründlichkeit wäre. Es ist jedoch das gerade Gegenteil festzustellen. Wie überaus dürftig und wissenschaftlich unhaltbar diese Begründung der Regierungsvorlage ist, das zeigt die einmütige Ablehnung, die sie in den Kreisen der Wirtschaftswissenschaften gefunden hat. Der Direktor des Instituts für Volkswirtschaft und Seeverkehr, Geheimrat Harms, hat bei seiner Vernehmung vor dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine Meinung darüber klar und hart in dem Satz zusammengefaßt: „Wissenschaftlich ist diese Vorlage Makulatur“, und Professor Wedmann, der Vertreter der Volkswirtschaftslehre an der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn, sagte von dieser Begründung, daß sie miserabel ist und daß sie verdiene, daß deshalb der Zoll abgelehnt werde.

Wir stehen also vor dem Schauspiel, daß das deutsche Volk in einer der wichtigsten Schicksalsfragen in eine Entscheidung hineingezogen werden soll, ohne daß man den entscheidenden Körperlichkeiten genügende Zeit zur gründlichen Prüfung läßt, und noch dazu zu einer Entscheidung, die von den Vertretern der Wissenschaft fast übereinstimmend als völlig unzulässig und den Belangen der deutschen Wirtschaft grundsätzlich zuwiderlaufend bezeichnet wird. Die warnenden Stimmen der Wissenschaft drohen ungehört zu verhallen.

So besteht die allergrößte Gefahr, daß das deutsche Volk trotz aller Warnungen in einen Abgrund hineintaumelt, daß es sich selbst den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg verbaut und daß vor allem den Massen der Verbraucher unerträglich Lasten auferlegt werden, um wenigen Begünstigten die Taschen zu füllen — wenn sich nicht noch in letzter Stunde eine entschlossene Macht findet, die sich diesem Treiben entgegenstellt.

Nach der ganzen Lage der Dinge ist zu dieser geschichtlichen Aufgabe, die, wenn sie gelingt, später einmal als die wirtschaftliche Rettung Deutschlands bezeichnet werden wird, nur eine Klasse berufen und in der Lage: die organisierte Arbeiterschaft und die organisierten Massen der Verbraucher.

Sie müssen mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß diese Angelegenheit nicht über das Knie gebrochen wird und daß die von der Regierung immer wieder verhinderte gründliche Prüfung und eingehende öffentliche Erörterung jetzt endlich erfolgt. Sie müssen ihre Stimme so kräftig erheben und ihrer Empörung über den beabsichtigten Raubzug einen so machtvollen Ausdruck verleihen, daß sie nicht überhört werden können. Sie müssen vor allem das gesamte Volk und in erster Linie die arbeitenden Massen bis in den letzten Arbeiterhaushalt hinein unermüdlich aufklären. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau muß begreifen lernen, daß es sich um ihre allerersten Angelegenheiten handelt, die hier beraten werden, und daß sie es sehr bald auf das allherdgreiflichste an eigenen Leibe und im eigenen Haushalt verspüren werden, wenn sie es jetzt zulassen, daß man über ihren Kopf hinweg die wirtschaftlichen Angelegenheiten nur nach dem Willen des Großkapitals entscheidet. Welche ungeheuren Werte hier in Frage stehen, wie groß die Summen sind, die die Zollwucherer bei dieser Gelegenheit zu verdienen gedenken, und wie erdrückend die Belastung ist, die dabei auf den einzelnen Haushalt entfällt, dafür seien einige Zahlen angeführt.

Allein die Zölle auf Brotgetreide und Viehprodukte brachten nach sorgfältigen Berechnungen vor dem Kriege der Landwirtschaft einen Sondergewinn von 1 1/2 Milliarden Mark jährlich. Die Belastung des einzelnen Arbeiterhaushalts schwankt natürlich je nach der Zahl der Familienangehörigen und je nach dem Einkommen. Und gerade das ist ja das Unsoziale an dieser Belastung, daß sie um so schwerer wird, je kinderreicher die Familie und je geringer ihr Einkommen ist. Denn gerade die Familie mit dem niedrigsten Einkommen muß den größten Teil ihrer Gesamtausgaben auf die unentbehrlichsten Lebensmittel verwenden. Nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit dürfte damit zu rechnen sein, daß die geplanten Lebensmittelpreise den Haushalt einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie mit etwa 150 M. jährlich belasten werden; eine neue Ausgabe, die natürlich an anderen Ausgaben erspart werden muß. Das für die Arbeiterschaft fetterlei Ausmaß besteht, diese Sonderbelastung durch Lohn-erhöhungen abzumildern, dafür dürfte durch die Ergebnisse aller Lohnverhandlungen in der letzten Zeit der deutliche Beweis geliefert worden sein.

Gegensätze im Unternehmerlager

„Es ist klar, daß dem Arbeitnehmer weder eine starke, noch eine langdauernde Ermäßigung seines Einkommens zugemutet werden kann; im Gegenteil läge eine Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Schichten im Gesamtinteresse der Wirtschaft.“

Wer mag das gesagt haben? Kein anderer als Dr. Reichert, M. d. R., Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, auf der letzten Tagung dieses Verbandes zu Saarbrücken am 16. Juni.

Soll man das für möglich halten? Soeben erst ist jene geheime Denkschrift ans Tageslicht gekommen, worin die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Reichsregierung beauftragt, für Niederhaltung der Löhne und Verlängerung des Arbeitstages zu sorgen — und hier bezeichnet einer der lautesten Kräfte im Streit für das Unternehmertum das gerade Gegenteil als „im Gesamtinteresse der Wirtschaft“ gelegen?

Nun, der Widerspruch ist nicht ganz so scharf, wie er scheint. Herr Dr. Reichert fuhr nämlich gleich fort: Dies (die Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Schichten) müsse für die Zukunft das „hohe Ziel“ unserer Wirtschaftspolitik sein. Jetzt aber müßten Unternehmer und Arbeiter, „beide gemeinsam die schweren Opfer der Verarmung und der Verluste tragen“. Die Gewerkschaften dürfen also nicht hoffen, daß ihnen schon von heute ab in der Person des Dr. Reichert ein Mittelpfer für die Verbesserung der Lage der Arbeiter erstanden ist. Im Gegenteil. Wie er sich das „gemeinsame“ Tragen der Last denkt, zeigt seine Behauptung in derselben Rede, daß sich in dieser Zeit graufamer Verluste der Unternehmer „der Arbeiter und Angestellten auf verhältnismäßig gutem Einkommen gehalten“ habe.

Erster zu nehmen ist ein anderer Ausspruch, der kürzlich aus dem Munde eines Unternehmervertreters fiel. Es war am 22. Juni auf der Tagung des Reichsbundes der Deutschen Metallwarenindustrie zu Düsseldorf. Hier handelte es sich um eine Fertigungsindustrie, und naturgemäß traten deren Interessengegenstände gegenüber der Schwerindustrie zutage. Schon der erste Redner, der Präsident des Preussischen Statistischen Landesamts Dr. Sanger, hob hervor, daß vor allem die Ausfuhr von Fertigwaren gefördert werden müsse, was eine klare Abgabe an die Zollwünsche der Schwerindustrie sein sollte. Und dabei sagte er wörtlich:

„Der einzige Mittelpunkt, den Deutschland zurzeit noch hat, ist sein Reichtum an gut geschulten und geistig hochstehenden Arbeitskräften.“

Nach ihm sprach Regierungsrat Dr. Mahle über die Erfordernisse einer neuzeitlichen Wirtschaftspolitik. Er sang zunächst das aus dem ganzen Unternehmerlager bekannte Lied: Die Besteuerungslasten sind zu hoch, und das liegt an Steuern, Kapitalmangel, hohen Zinsen, Soziallasten (das heißt am Anteil

der Arbeiter). Dann aber legte er das Hauptgewicht auf die zu hohen Materialpreise. Diese würden nun durch die jetzt geplanten Zölle noch mehr verteuert werden, sehr zum Schaden der Fertigungsindustrie, obgleich diese auf dem Eisen- und Metallgebiet fast siebenmal soviel Arbeiter beschäftigt als die Rohstoffindustrie. Man dürfe ihr nicht durch Zölle den Auslandsmarkt noch mehr beschränken. Man müsse vielmehr durch Preisensenkungen den Inlandabsatz vergrößern.

Den gleichen, scheinbar sehr einleuchtenden Vorschlag macht die bürgerliche Demokratie. Preis herabsetzung sei der wirkliche Weg zur Steigerung des Absatzes. Dies war das Thema, das zum Beispiel die Frankfurter Zeitung lehrte in mehreren Aufsätzen erörterte. Genau dasselbe schrieb am 24. Juni der Berliner Börsen-Courier. Wir zweifeln nicht im mindesten, daß es sowohl den Unternehmern der Fertigungsindustrie als auch der bürgerlichen Demokratie hiermit völlig ernst ist. Die Frage ist nur, ob wir mit ihrem Vorschlag irgendwie vorankommen. Daß bei Senkung der Preise mehr gekauft wird, das wird kein Mensch bezweifeln. Aber erinnern wir uns doch nur, was die Unternehmer der Schwerindustrie in ihrer geheimen Denkschrift und übrigens ganz ebenso voriges Jahr in zwei Broschüren (siehe Nr. 34 und 35, 1924 der MZ) und auch sonst in allen möglichen Reden gesagt haben. Dem Sinne nach war es dies: „Preisherabsetzung, die wollen wir ja gerade; aber dazu ist es nötig, daß uns die Arbeiter weniger kosten; also zuerst Lohnkürzung und Arbeitstagerverlängerung, dann soll ihr mal sehen, wie wir die Preise herabsetzen werden.“

Und wer wollte bestreiten, daß ihre Folgerung ganz ebenso ist, wie die der Fertigungsindustrie und der Demokraten? Es ist ganz klar: Sinken die Preise, so wird mehr gekauft (vorausgesetzt, daß die Geldeinnahmen der Käufer die alten bleiben). Es ist aber ebenso klar, daß die Unternehmer, wenn sie den Arbeitern weniger geben, die Preise senken können. Freilich können dann die Arbeiter nicht mehr kaufen, und falls die Preisenkung geringer ist als die Lohnsenkung, können sie sogar weniger kaufen als zuvor. Woraus sich ergibt: eine Preisenkung, die sich auf einer vorausgegangenen Lohnsenkung aufbaut oder eine solche nach sich zieht, kann die erhoffte Steigerung des Absatzes auf dem Inlandsmarkt nicht bringen. Also müßten, um die Wirtschaft gesund zu machen, die Preise gesenkt, aber die Löhne auf ihrer alten Höhe belassen werden. (Über man könnte auch die Löhne steigern und die Preise lassen, wie sie sind.) Ist es das, was die Unternehmer der Fertigungsindustrie meinen? Man frage sie nur, warum sie dann nicht mit der Anwendung dieses Rezeptes in ihren eigenen Betrieben beginnen.

Die Wahrheit ist, daß es sich bei dieser ganzen Aussprache gar nicht um den Inlandsmarkt, sondern um den Absatz im Ausland handelt. Daß die deutschen Arbeiter, die „Volksgenossen“, um deren Wohl sich angeblich die ganze Politik dreht, mehr kaufen können, daran ist den Unternehmern der Fertigungsindustrie genau so wenig gelegen, wie denen der Schwerindustrie. Denn in welche Verkleidungen sich das auf dem Umwege über das Geld auch verstellen mag, es bleibt doch immer dabei: je mehr die Arbeiter kriegen, desto weniger bleibt für die Unternehmer und Kapitalisten übrig. Das gilt für die Fertigungsindustrie so gut wie für die Rohstoffindustrie. Den eigenen Arbeitern gegenüber ist also ihr Streben durchaus übereinstimmend. Anders jedoch beim Auslandsmarkt. Hier ist es den Fertigungsindustriellen um die Einfuhr billiger Rohstoffe zu tun, während die Schwerindustrie diese fernhalten will, um ihre eigenen Erzeugnisse im Inlande teuer verkaufen zu können. Deshalb ist die letztere für Schutzzölle, die erstere für Freihandel, und all ihre Worte, die von Sorge um das Wohl der Arbeiter nur so klingen, sind nichts als ein Drumherumreden. Die Arbeiter wären froh, wenn sie darauf irgendwelche Hoffnungen aufbauen wollten.

Aus dem Reichstag

Beim Reichshaushalt des Innern wurden auch Schul-, Erziehungs- und Kulturfragen behandelt, die zum Bereich dieses Ministeriums gehören. Mehrere sozialdemokratische Redner tabelten es, daß das Ministerium so wenig für Bildung und Kultur tue und daß es die Schule und die Wissenschaft vernachlässige. Es scheint noch immer der alte reaktionäre Geist zu herrschen, der es fertig gebracht habe, die Unterfertigten seit Jahrhunderten in geistiger Rückständigkeit und in der Kulturlosigkeit zu erhalten. Die Sozialdemokratie setze auf dem Standpunkte, daß nur geistig und sittlich hochstehende Kulturmenschen imstande seien, eine neue Welt aufzubauen. Die Vertreter der Reichsparteien, einschließlich des Ministers Schiele, machten schöne Redensarten und gaben allerlei Versprechungen, leider aber können Schule und Lehrer davon nichts profitieren. Mit Bedauern muß man es allerdings anerkennen, wenn einer der reaktionärsten Leute im Reichstage, der Pastor Lamm, höflich darauf hinwies, daß bei den Lehr- und Elternratswahlen die Linksparteien überall Schläppen erlitten haben, während die Konfessionellen einen Sieg davongetragen hätten. Eine Tatsache, die zweifellos zu denken gibt und zu neuer, kräftiger Aufklärungsarbeit anspornen sollte.

Auch die Frage der technischen Nothilfe wurde angeschnitten. Der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Georg Schmidt, wies darauf hin, daß sämtliche Gewerkschaften am 6. April d. J. in einer Eingabe an die Regierung die Abschaffung der technischen Nothilfe gefordert haben, weil sie diese Einrichtung nicht nur für überflüssig, sondern auch für schädlich im höchsten Grade halten. Sie verfolge offensichtlich den Zweck, die notwendigen Lohnkämpfe der Arbeiter zu unterbinden und die Arbeiter in ihren Daseinskämpfen zu behindern. Nach der Befreiung der Gewerkschaftsbewegung können die Gewerkschaften selbst dafür sorgen, daß die lebensnotwendigen Arbeiten geleistet werden. Alle Arbeiterorganisationen haben sich hierzu bereit erklärt. Der Minister gab keine Antwort, im Reichstagsausschuß hatte er schon vorher erklärt, daß eine Herabsetzung der Mittel für die technische Nothilfe unmöglich sei.

* Der Leser weiß, daß die schrecklichen Ausdrücke „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“, die das wahre Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in ihr Gegenteil umdrehen, sich leider allgemein eingebürgert haben. Wir selbst vermeiden sie, aber in einem Blat können wir sie nicht ändern.

Bei der Zusammenfassung des Reichstags kann es nicht wundernehmen, daß die Streichung der Mittel für die technische Hochschule mit Mehrheit abgelehnt wurde.

Auch das bayerische Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie wurde im Anschluß daran erörtert. Ein Abgeordneter aus Bayern brachte hierzu Material bei, das geradezu haarsträubend war. Die bayerische Polizei geht gegen die Republikaner in der rücksichtslosesten Weise vor, während die Patentträger verhaftet werden. Bei dem Arbeiterkongress in Nürnberg hat ein Holzschmiedmeister die schwarzroten Fahnen öffentlich verbrannt. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird in jeder Weise drangsalariert. In neuerer Zeit geht die Polizei auch gegen Turn- und Sportorganisationen der Arbeiter vor. Es sei dringend geboten, daß sich das Reich mit dieser Sache beschäfige und dem himmelschreienden Unrecht ein Ende mache. Den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmeregimes in Bayern überwiegt man dem Ausschuß.

Bei dem Kapitel Gesundheitswesen wurde hingewiesen auf die zunehmende Säuglings- und Kindersterblichkeit, sowie auf die traurigen Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der breiten Masse, die naturgemäß eine Erhöhung der Krankheits- und Sterblichkeitsrate der Gesamtbevölkerung nach sich ziehen müssen. Die gesundheitsfördernden Einrichtungen: Kinderfürsorge, Wochenpflege, Familienhilfe, Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, alle diese vorübergehenden Maßnahmen, die nach der Revolution aus sozialen Geistes heraus ins Leben gerufen worden seien, würden neuerdings immer mehr eingeschränkt und vernachlässigt. Für solche Sachen sei eben kein Geld da. Die Gesundheits- und Bevölkerungs-politik, die heutzutage getrieben werde, sei zum Sotterbarmen und Unabwendigen wolle man noch durch hohe Steuern und Jölle den Unterschichten die Lebensmöglichkeit erschweren. Das sei eine Sünde und Schande und eines Kulturvolkes unwürdig. In der Aussprache zeigte sich auch hier wieder, daß die Vertreter der Regierung und der bürgerlichen Parteien um den Kern der Sache herumreden nach dem alten Spruch: Was mir den Pelz, aber nach ihn nicht naß!

Eine bemerkenswerte Auseinandersetzung entspann sich noch über den von den Sozialdemokraten und Demokraten eingebrachten Antrag zum Schutze der kleinen Pächter. Der sozialdemokratische Redner Dr. David bespricht die Gründe, die die Gegner der Pachtschulordnung, die den Abbau des Pachtschutzes fordern, ins Feld führen. Sie wünschen wieder das freie Spiel der Kräfte, das die kleinen Landwirte und Pächter zugrunde richten wird. Den 2 Millionen eigenen Bauernwirtschaften in Deutschland stehen 2 1/2 Millionen Pachtwirtschaften gegenüber. Das Schicksal dieser Pächter ist außerordentlich bedrohlich, wenn ihnen der Schutz gegen die Erwerbssüßer der Verpächter entzogen wird. Daher verlangen sie einen dauernden Schutz, eine Forderung, die aus wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gründen Unterstützung verdient. Das Pachtschutzgesetz darf nicht abgebaut, es muß ausgebaut werden. Diese warmherzige, eindringliche Rede blieb wirkungslos, die Rechtsparteien stimmten dem Antrag einfach nieder. Der sozialdemokratische Antrag, die Erwerbssüßer unterstützung im heftigsten Gebiete fortzusetzen und zu erweitern, wurde gleichfalls abgelehnt. Immer die alte Geschichte: dem Unternehmertum wird zugelächelt, den Arbeitern wird abgehungen.

Darauf begann der Vorstoß der Regierung im Bunde mit den bürgerlichen Parteien im Schilde des Zoll- und Steuerwesens. Zunächst wurde eine Veränderung der Verbrauchssteuern beantragt, wobei besonders Salz- und Zuckerkonsum in Betracht kommen, die eine neue, stärkere Belastung der Verbraucher bedeuten. Die Regierungsvorlage wird dem Steueranschuss überwiesen, der um die Mitglieder verstärkt werden soll, um den Steuerständen eine sichere Weisheit zu verschaffen. Wieder einmal ein unerhörtes brutales Vorgehen! Da die Volkswirtschaft ihre Folge nicht schnell genug mit der Hand und Fuß bringen können, sollte sofort mit der Beratung der neuen Vorlagen begonnen werden, doch scheiterte diese Absicht an der bestehenden Geschäftsordnung. Die Herren müssen sich also noch einen Tag gedulden, kann dann der Tag losgehen. Sie können aber versichert sein, daß ihnen die Sozialparteien zu diesem Zwecke kräftig ausspielen werden. Die nächsten Wochen werden im Reichstage erbitterte Kämpfe bringen. Der einzige hoffnungsvolle Ausblick ist der, daß die Anhänger der neuen Schulpöle unter sich selbst einig sind.

Die Krise in der Schwerindustrie

In der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie machen sich seit einiger Zeit wiederum starke Kräftezeichen bemerkbar. Eine Reihe größerer und kleinerer Werke haben starke Betriebs-einschränkungen und Stilllegungen vorgenommen. Die Kohlenab-gemeinschaft hat durch Beschluß eine Produktionsbeschränkung von 20 vH ab 1. Juni festgelegt, und man kündigt bereits an, daß die am 25. Juni stattfindende neue Sitzung diese Ein-schränkung auf 30 vH erweitern werde. Die Betriebs-einschränkungen haben, z. B. bei der Firma Krupp, größtenteils eine Ursache, die man sich voraussehen konnte. Sie liegt besonders darin, daß Krupp in der Nachkriegszeit seinen Betrieb vom Kriegszustand auf den Friedensbetrieb umstellen mußte. Andere Betriebe haben ihre Produktionsmittel teilweise verbessert, jedoch muß hier noch viel nachgeholfen werden.

Man klagt in Industriezweigen sehr stark über den französisch-belgischen Preisdruck. Der deutsche Stabeisenpreis beträgt zurzeit 136 M., jedoch sei kaum ein Preis von 132 M. zu erreichen. Die Lage auf dem Strohblechmarkt sei noch trostloser. Die Ein-wirkung der französisch-belgischen Inflation ist unbestritten. Es scheint aber auch eine Reihe anderer Punkte eine starke Aus-wirkung auf den Auftragsbestand zu haben. Die Verhandlungen

der deutschen, französischen und belgischen Schwerindustrie haben zu einer Einigung geführt. Danach führt Frankreich 1 700 000 Tonnen Zollfrei nach Deutschland ein. Die Händler haben teilweise ihre Lager geräumt, kaum weitere Lagerbestände angefordert in der Hoffnung, daß der Ausgang der bereits er-wähnten Verhandlungen eine weitere Herabsetzung der Preise bringen werde. Die Eisenbahnverwaltungen hat ja zwar in den letzten Tagen einen recht nennenswerten Auftrag (300 000 Tonnen) gegeben, so daß für eine gewisse Zeit Arbeit vorhanden ist, allerdings bei der Zahl der Werke und Leistung immerhin noch zu wenig.

Wir stehen ferner vor dem 1. Juli, nach dem die meisten Werke ihre Geschäftsabschlüsse machen, und sie hüten sich natür-lich, vorher ihre Lagerbestände zu vermehren. Desgleichen die Händlerfirmen, die Inventur machen, vor dem 1. Juli neue Verbindungen vorzunehmen. Auch die Frachttäge der Eisenbahn wirken sehr stark besonders auf diejenigen Werke ein, die nicht an einer Wasserstraße liegen. Ein weiterer Punkt ist die erneute Schwermigkeit der Kreditbeschaffung (siehe Stinneskongress). So-fort nach der Hindenburgwahl setzten die Schwierig-keiten erneut ein, bereits eingeleitete Verhandlungen zerschlugen sich. Kein Wunder. Das Ausland überlegt sich, Kredite abzu-geben an ein Volk, wo 14 Millionen einen Präsidenten aus den Reihen der Monarchisten und Kriegsbegehr wählen. Es wirkt fast lächerlich, aber es ist so.

Angehörige Schwerindustrien tauchen auch für die Gewerk-schaften auf. Die Löhne der Metallarbeiter stehen weit hinter denen anderer Gewerbegebiete zurück. Verdient doch in der Metallindustrie der Facharbeiter über 21 Jahre einen Lohn von 66 M., in Alford im Bezirksdurchschnitt 76,3 M., der Hilfsarbeiter 52 M., während der Fensterputzer 90 M., der Maurer 1,10 M., der Bauhilfsarbeiter 95 M. verdient, und zwar durch freie Ver-einbarung. Ein unhaltbarer Zustand.

Den Hüttenarbeitern ist trotz eines Schiedsspruches der Ausgleich für ihre Verdiensteinbuße bei Einführung der drei-jährigen Schicht noch nicht ausbezahlt worden. Es grenzt jedenfalls an maßlose Unverständnislosigkeit, wenn ein Unternehmervertreter in der Bergwerkszeitung schreibt, daß es ein Verbrechen am deutschen Volke sei, wenn der Spruch für-verbindlich erklärt würde. Zu allem Leid und aller Sorge auch noch eine solche Verhezung.

Wahrheitsbiegerei mit dem Achtstundentag

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Am 8. April fand im Dortmunder Industriell ein parlamentarischer Abend statt, wobei nach parlamentarischem Brauch viel geredet wurde. Mit einigen Dortmunder Tageszeitungen berichtete auch die Bergwerks-Zeitung über die Reden. Nach deren Bericht soll der Generaldirektor des Hoesch-Werkes, Dr. Springorum, gesagt haben, die Einführung der dreijährigen Schicht habe auf dem Hoesch-Werk die Neueinstellung von 2000 Leuten erfordert, was eine Mehrausgabe von jährlich 4 1/2 Millionen Mark bedeute. Diese Mitteilung gefällt einem un-gewissen Fr. S. Schmid dergestalt, daß er sie in einem schnurrigen Aufsatz in der Arbeitgeber-Zeitung (vom 21. Juni) vor-trug. Ob diese dem Direktor Springorum zuzurechnende Behauptung richtig ist oder nicht, scheidet diesem Herrn natürlich nicht; für ihn handelt es sich offenbar nur darum, sich nach oben hin in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Dieser Herr behauptet in der Arbeitgeber-Zeitung: 2000 Mann mehr soll die Einführung der Dreischicht auf dem Hoesch-Werk er-fordern, und das koste jährlich 4 1/2 Millionen mehr. Wie verhält sich die Sache in Wirklichkeit? Am Hoesch-Werk der Firma Hoesch sind zurzeit 690 Mann beschäftigt. Von diesen haben bis jetzt bloß 325 Mann die Achtstundenschicht bekommen. Um dies durchzuführen, sind etwa 100 Mann mehr eingestellt worden. Selbst wenn die ge-samte Hoch-ofenleistung die dreijährige Schicht beläuge, wäre die Einstellung von höchstens 445 Leuten notwendig. Wenn man jeder von diesen 445 Ar-beitern den höchsten Durchschnittslohn, sagen wir 7,60 M. erhalte, so macht das nur etwa 1,2 Millionen im Jahre aus, aber nicht, wie behauptet wird, 4 1/2 Millionen. Nun sind aber doch, wie gesagt, bloß 100 Mann mehr eingestellt worden. Folglich kann die hierfür nötig gewordene Mehrausgabe, wenn man sich am Ende überhaupt eine er-geben sollte, nur etwa den zwanzigsten Teil der von dem Direktor behaupteten Summe ausmachen.

An diesem Beispiel ist wieder einmal zu sehen, wie unsere Unter-nnehmerblätter die Tatsachen entstellen. Die Wahrheitsbiegerei dient natürlich nur dazu, der fernstehenden Bevölkerung vorzugaukeln, die Verletzung der Arbeitszeit belaste die „Wirtschaft“ unermesslich schwer, um so die Unternehmer in ihrem Widerstand gegen den Ach-tstundentag zu stärken. Daß die Unternehmer mit dem Achtstundentag nicht jenseits noch ein jedes Geschäft zu machen verstehen, geht aus dem folgenden hervor: An fast allen Hoesch-Werken ist festzustellen, daß mit Übergang von der Doppelschicht zur Dreischicht eine „Stredung“ der auf den einzelnen Schichten beschäftigten Arbeiterzahl stattfindet. Die geringere Arbeiterzahl hat die Arbeit der stehenden Leute mitzudeckeln. Ein Beispiel für viele: Im Erzbauwerk der Hütte 6 und 7 vom Stahlwert Hoesch waren bei 12 Stunden 12 Maschinisten be-schäftigt. Der tägliche Durchschnittslohn betrug 6,50 M., also für die 12 Mann 78 M. den Tag. Es hatte jeder Maschinist je Schicht einen Kibel Erz abzugeben, das Gewicht einer Schicht betrug 16 Tonnen. Heute, bei den acht Stunden, sind auf 3 Schichten 6 Maschinisten beschäftigt. Der Verdienst beträgt 5,50 M. oder für die 6 Mann 33 M. Das Werk hat also durch die dreijährige Schicht einen Überschuß von

45 M. den Tag. Jeder Maschinist hat jetzt 2 Kibel zu fahren. Das Gewicht einer Schicht beträgt heute im Durchschnitt 28 Tonnen. Eine Schicht bestand früher aus 2 Kibeln Erz und 2 Kibeln Koks, heute aus 2 Kibeln Erz und 3 Kibeln Koks.

Wenn Sonn- oder werktags ein Ofen stillsteht, wird nur der Stundenlohn von 83 M. bezahlt. Wie man sieht, wird bei Ein-führung der Dreischicht die Zahl der Arbeiter ermäßigt, statt des Ver-dienstes von 10 Stunden gibt es nur 10 Stundenverdienste geteilt durch acht, aber durch Steigerung der Arbeitsleistung wird die gleiche Menge wie früher, nein gar noch mehr erzielt. So sieht die Erdbroterzeugung der „Wirtschaft“ durch den Achtstundentag aus.

Die Verhältnisse, die die Arbeiterklasse im Industriegebiet durch-macht, zeigen zweierlei: eine mit allen Machtmitteln ausgerüstete Unternehmerruppe, die ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter unter Verletzung der Presse die öffentliche Meinung schamlos irreführt — und auf der andern Seite eine Arbeiterklasse, die in schwerster, gestöhnender Arbeit den Weg zum Zusammenbruch in der Gewerkschaft nur in ganz ungenügender Maße gefunden hat.

Afa-Gewerkschaftstagung

Die erste Tagung des Allgemeinen Freien Angestellten-Bundes (Afa) fand 1921 in Düsseldorf statt. Die zweite Tagung fand am 15. bis 17. Juni d. J. in München statt. Der Bedeutung der Afa ent-sprechend, war die Tagung durch Gäste besetzt, die die Staats-behörden sowie die Arbeiterverbände des In- und Auslandes ver-trateten. Die Tagung war von 300 Teilnehmern besucht. Der Bundes-vorsitzende Schröder teilte in seinem Geschäftsbericht mit, daß sich der Bund seit Düsseldorf außerordentlich gut gefestigt habe. In den 15 dem Bund angeschlossenen Verbänden geht es rüstig aufwärts. Das Zusammenarbeiten mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund entwickelt sich zur vollsten Zufriedenheit. Auch die kommunistische Zellenbildung ist überwunden. Die Kommunisten haben Schiffbruch erlitten.

Den Geschäftsbericht über die äußeren Angelegenheiten des Bundes erstattete Aufhäuser, der die Schwierigkeiten schilderte, die der Afa-Bund in den letzten fünf Jahren zu überwinden hatte. Durch die Kennzeichnung des deutschen Unternehmertums und der deutschen Sozialpolitik der letzten Jahre ergebe sich ein Gesamtbild der deutschen Wirtschaft. Als das Entscheidende bezeichne Aufhäuser die Ver-trachtung der Sozialpolitik als eine Nachfrage. Man müsse versuchen, nicht nur auf gewerkschaftlichem und gewerkschaftlichem Wege, sondern auch auf dem Wege der Stärkung des politischen Ein-flusses der deutschen Arbeiterbewegung auf die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zu gewinnen. Man dürfe die politische Neutralität nicht so weit steigern, daß die Angestellten politisch in-different werden, sondern solle sie immer daran erinnern, daß sie auch politisch ein wichtiges Element der deutschen Staatsbürger sind. Eine Kritik an dem vorgelegten Geschäftsbericht wurde nicht geübt. Ein-stimmig angenommen wurde u. a. der Antrag auf Schaffung eines zeitgemäßen Theatergesetzes und die gesetzliche Unterbindung des Dilettantentumwesens.

Die Afa-Tagung beschäftigte sich des Weiteren mit dem Reichs-wirtschaftsrat. Eine angemessene Entschädigung brachte zum Aus-druck, daß den Gewerkschaften eine wirkungsvolle Vertretung im Reichswirtschaftsrat werde und die volle Partizipation sichere. Diesen Reichswirtschaftsrat gehöre auch das Recht eigener Initiativen. Gesetzentwürfe müssen dem Reichswirtschaftsrat schon im Referentenentwurf zur Begutachtung vorgelegt werden. Dem Höhepunkt der Tagung bildete das Referat Dr. Rudolf Hilferdings über die Zollvorlage der Reichsregierung. (Die Hilferding-Rede wird als Broschüre erscheinen.) Eine angemessene Entschädigung verlangt, daß der Bundesvorstand sofort auf breiter Grundlage eine Protestbewegung aller Gewerkschafts- und Verbraucherverorganisationen entfacht gegen die Wucher-pretierungen der Agrarier und Industriellen. Die Statutenberatung brachte keinerlei Änderung der Satzungen, ebenso wurde einstimmig der sechste Bundesvorstand wiedergewählt. Die Vorsitzenden sind Aufhäuser, Stähler und Urban. Es folgte noch eine Vorkonferenz von Fr. S. Schmid über den Kampf um den Achtstundentag. Die Aussprache war sehr reger. In seinem Schlusswort wies Schröder auf den Kampf mit allen außerparlamentarischen Mitteln hin, durch den man nicht nur die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, sondern seine Ergänzung durch ein neues Arbeits-zeitgesetz erreichen müsse.

Aber die Steuerfrage sprach Johann Kurt Heintz. Er brachte gutes Material über die Vergebung in der deutschen Industrie vor. So zeigte er an Hand von Zahlen, daß die Arbeiterbelegschaft eines Werkes 1,3 vH über den Friedensstand zugenommen habe, während die Direktoren um 60 vH zunehmen. Die deutsche Industrie hat mindestens 100 000 Direktoren zuviel. Hier wird die kostspieligste Vergebung getrieben, an diesen Stellen muß abgebaut werden, um zu einer Verbilligung der Produktion zu gelangen. Mit einem Vor-trag über den sozialen, demokratischen und nationalen Inhalt der deutschen Republik, gehalten vom Schöpfer der Weimarer Verfassung, Minister a. D. Preuß, fand die sehr gut verlaufene Tagung ihr Ende. Am Schluß konnte der Vorsitzende Aufhäuser verkünden: Es bleibt bei dem freigewerkschaftlichen Programm von Düsseldorf unter voller Wahrung unseres hohen Endzieles. Die Organisationen des Afa-Bundes wollen eine wirkliche Volksgemeinschaft, aber nicht eine solche, wie die heutige Reichsregierung sie prägt, sondern eine solche, in der die Arbeit allein Rechte und Adel gibt. Wir wollen den Kampf, den die heutige Regierung zusammen mit dem Landbau und dem Reichsverband der Deutschen Industrie gegen die schaffenden Stände des Volkes führt, freigelegt zu Ende bringen, und zwar in einem Klassenkampf, der nicht Selbstzweck ist, sondern zur Abschaffung der Klassen selbst führt. Für diesen Kampf der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung ist uns die Weimarer Verfassung die Basis. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Internationalen Ge-werkschaftsbund von Amsterdam beschloß Aufhäuser den Kongress.

Das technische Sehen

Von Überingenieur R. Hofmann

Der in der Industrie Beschäftigte muß zu seinem Beruf geboren sein, wenn er etwas Nützliches erreichen will. Es genügt nicht, daß er seinen Beruf handlungsmäßig ausführt, sondern er muß mit Geist und Seele bei der Sache sein, und das kann er nur, wenn ihn innere Reizung dazu treibt. Es nützt alles Verneinendes nicht die beste Lehre, wenn nicht der innere Reiz in dem Menschen wirkt, alles zu er-forschen, was ihm bei der Sache geboten wird, und wenn er nicht den inneren Reiz hat, es seinem Berufswort in jeder Richtung gleich ge-tun. In wie vielen Fällen wird nicht der zukünftige Beruf eines jungen Mannes dadurch bestimmt, daß der Wunsch der Eltern nach-gesetzt ist, der Junge möge denselben Beruf erlernen wie der Vater, sei es nun, daß er zu diesem Beruf empfunden oder nicht. Man mag sich dabei damit, daß sich die Liebe zu dem Beruf vom Vater auf den Sohn vererbt hat, kann aber sehr häufig die Beobachtung machen, daß sich die Wünsche des Jungen in ganz anderer Richtung bewegen. Besonders tritt diese Erscheinung zutage, wenn sich mehrere Söhne in der Familie befinden. Denn es wird kaum zwei Brüder geben, die gleiche Reizungen haben, es daß auch in den meisten Fällen sich beide Brüder verschiedenen Berufen zuwenden. Warum soll man gerade, wenn nur ein Sohn in der Familie ist, diesen eine die Reizungen des Vaters erbt haben? Es tritt hiermit auch noch ein weiterer Reiz in Erscheinung. Der Vater, der vielleicht in einem Beruf nicht eine gewisse Beschäftigung gefunden hat, kann es doch nicht vermeiden, den Zeit zu Zeit über diesen Job zu sprechen, als sei der gewählte Beruf doch nicht der beste für ihn ge-wesen, als hätte er in einem anderen weiter kommen können, ja dies nun, weil ihn ungenügende Erziehung mit ungenügenden Verhältnissen zu diesen Betrachtungen bringt, sei es deshalb, weil er vielleicht sieht, daß es Jünglingsberufe weitausgünstiger haben. Dies führt der Junge natürlich sofort auf und macht sich keine Gedanken über den Beruf, der ihm als sein Beruf hingestellt wird.

Sonderbarerweise steht aber in jedem Jungen ein kleiner Maschinenbauer: alles, was sich dreht, erweckt bereits in frühester Jugend seine Anteilnahme. Es gibt wenige Ausnahmen, aber diese Ausnahmen verliert sich bei dem einen mehr oder weniger, während sie sich bei dem anderen so verhält, daß man mit gutem Gewissen dem Jungen den Weg zur Industrie öffnen kann.

Es soll nun hier nur von diesen letzteren die Rede sein, denn die anderen werden sich doch in der Mehrzahl anderen Berufen zu-wenden werden sogenannten Misanthropen, die es um Leben zu nicht bringen. Die Jungen aber, die ihre Reizung in ausserordentlicher Weise zeigen, stellen eine Auslese bekommen, die ihnen den Beruf des Maschinenbauers, in welcher Form es auch immer sein mag, in einem Rechte zeigen, daß der Wunsch, Maschinenbauer zu werden, ihr einziges Ziel wird. Hierzu können die Eltern, besonders der Vater, der selbst den gleichen Beruf hat, sehr viel tun. Es sollen nun nachstehend einige Richtlinien angegeben werden, wie dies zu erreichen ist.

Der Maschinenbauer leidet sich aus der Natur ab, und so soll es auch die Natur sein, die dem zukünftigen Maschinenbauer die ersten Lehrlingsjahre gibt. Es muß die Anteilnahme des Jungen an den Formen der Natur gemeldet werden, die alle einem gewissen Zweck entsprechen, so als Beispiel ein gewöhnlicher Baum, der an seinem untersten Stamm viel dicker ist als an der Krone. Aus welchem Grunde ist dies wohl der Fall? Man hat sich bereits selbst so an die Formen der Natur gewöhnt, daß einem bei dieser Frage eigentlich weiter keine Antwort einfallen als die: damit er besser steht, oder eine ähnliche. Daß aber diese Form aus Gründen der Festigkeit notwendig ist und nach Regeln, die wir im Maschinenbau immer wieder treffen, gerade parallel zu diesem Beispiel angewandt den Ständer einer Dampfmaschine, darüber mag man sich im allgemeinen kein Kopfschütteln machen. Dem Jungen mag bei dieser Gelegenheit erklärt werden: Wenn der Baum an allen Stellen gleich dick wäre und der Wind würde den Stamm am unteren Ende treffen, also mit anderen Worten, es würde eine Kraft an einem kurzen Hebelarm angreifen, so würde der Durchschnitt des Stammes ausreichen, um den Baum nicht brechen zu lassen. Würde aber der Wind in die Krone fahren, also die Kraft an einem langen Hebelarm, gemessen vom Befesti-

gungspunkt des Baumes, der Erde aus, so muß einem bereits das Gefühl sagen, daß dann an dem Befestigungspunkt der Stamm stärker sein muß.

Wir haben hier also eine Form, die den Festigkeitsregeln eines Materials, in diesem Falle Holz, entspricht und die wir sinngemäß auf andere Teile übertragen können. Es muß in dem Jungen durch solch einfache Beispiele das „Sehen“ geweckt werden, welches ich mit technischem Sehen bezeichnen möchte, da das Sehen der anderen Eigentümlichkeiten, wie Form der Blätter, Farbe derselben usw. wieder andere Gebiete berührt. Ein weiteres Beispiel sei eine Schiffsbrücke, die einen Panzer trägt, der ebenfalls nach Regeln der Festigkeit gebaut ist, und zwar ist hier die Absicht, einen Druck, der auf irgendeinen Punkt des Panzers ausgeübt wird, auf den ganzen Panzer zu verteilen. Ein gleichartiges Beispiel finden wir beim Boden des Dampfzuges, welcher eine ähnliche Ausbildung aufweist, wie der Panzer der Schiffsbrücke. Bei jedem Brückenbogen finden wir die gleiche Formenentwicklung.

Wir haben in der Natur derart viel Beispiele, die uns als Grundlage der Technik dienen können, und es liegt nur an uns, die Augen ordentlich aufzumachen, um den Zweck irgend einer Form, sei es auch bei dem geringsten Baum, zu erkennen, und für uns nutz-bar zu machen. Die Natur ist so zweckmäßig eingerichtet und so sinn-reich, daß man immer und immer wieder ins Staunen gerät über die Mittel und Wege, deren sie sich bedient, irgendeinen Zweck zu erreichen. Auch für andere als Festigkeitsbeispiele haben wir Ge-genstände, die wir vergleichen können. Betrachten wir einmal die Finger unserer Hand, unsere Arm- und Beinextremitäten, so werden wir wieder finden, daß auch diese in der Technik nachahmung gefunden haben. Die Sehnen werden im Maschinenbau durch Ketten und Seile ersetzt, die Gelenke finden als gewöhnliche und als Kugelgelenke verbreitete Anwendung, das Greifen der Finger wird nachgeahmt bei Zangen usw., das Beugen der Zähne bei Sägen, so daß wir für alle tech-nischen Vorgänge ein ähnliches Beispiel in der Natur finden können. Und nun kommt das große Geheimnis: Nicht jeder erkennt diese Zusammenhänge, nicht jeder sieht, was die Natur will und wie er es für seine Zwecke verwenden kann. Und dieses Sehen muß

Berufsverband oder Industrieorganisation?

Zu dieser wichtigen Frage, die bekanntlich auf der Tagesordnung des im August in Breslau stattfindenden Gewerkschaftskongresses steht, gehen uns Zuschriften aus unserm Mitgliedertreffe zu. Wir geben heute den ersten Raum-Schriftleitung.

Wir machen mit Recht den Unternehmern Vorwürfe über ihre veralteten Arbeitsweisen und die rückständigen Betriebsorganisationen. Aber, bitte, wie steht es denn in der Gewerkschaftsbewegung aus? Wird denn nicht eine Vergeudung von Zeit, Kraft und Geld getrieben, die jeder Beschreibende spottet? Anstatt die gesamten Kräfte zusammenzufassen, jeden Gewerkschaftsmann auf den Platz zu stellen, wo er das Beste leisten kann, sehen wir nichts als Zersplitterung und Vergeudung.

Greifen wir nun einmal aus der Fülle von Material nur das Kapitel der Lohnbewegungen heraus. Wer auf dem Gebiete praktisch tätig sein muß, wird den heutigen Zustand äußerst lästig und schädlich finden. Und dies in Anbetracht der Tatsache, daß die Verhandlungen heute viel schwieriger als ehemals zu führen sind. Früher hatte man fast durch die Hand nur den einzelnen Betrieb und den einzelnen Unternehmer — dem meistens noch die Fähigkeit und Bewandtheit zum Verhandeln fehlte — vor sich. Heute sind jedoch die Unternehmer in straffen, einheitlich aufgebauten Organisationen vereinigt und alle gleichmäßig von dem festen Willen befeuert, jeden Aufstieg der Arbeiterklasse mit Gewalt zu unterbinden.

Den Bezirks- und Ortsverbänden wird ihr Handeln genau diktiert. An der Spitze der Verhandlungskommission steht meistens ein gewisser Verhandlungsspezialist, der bedeutend leichter zu arbeiten hat als wir, weil ihm einerseits vielfach weit besseres Material als uns zur Verfügung steht und er andererseits keine Rücksicht auf Gruppen oder Parteien zu nehmen hat.

Ganz anders bei uns. Die freie Gewerkschaftsbewegung ist in Dutzenden von Organisationen zersplittert, dazu noch die gegnerischen Gewerkschaften. Welche Mühe kostet es denn schon, die beteiligten freien Gewerkschaften bei Einleitung einer Bewegung und Aufstellung der Forderungen unter einen Hut zu bringen. Jede Gewerkschaft will doch die Notwendigkeit ihres Daseins beweisen. Jeder Beruf bringt die dringendsten Begründungen, um nachzuweisen, daß ausgerechnet er einen höheren Lohn haben müsse, oder warum für ihn gerade besondere Forderungen notwendig seien. Und wenn alle diese Forderungen zusammengestellt sind, die natürlich jeder für berechtigt hält, so sieht das Ding meistens so aus, daß damit kein vernünftiger Mensch bei den Verhandlungen etwas anfangen kann. Das Schöne dabei ist aber doch, daß man gewöhnlich vergißt, daß die Klasse solidarität es erfordert, den wirtschaftlich Schwächeren unter die Arme zu greifen. Deutlich beweisen gerade diese Vorgänge, daß bei dem jetzigen Organisationsaufbau das Berufs- und Gruppeninteresse Leitstern alles Denkens und Handelns ist und nicht die Klasseninteressen. In der Verhandlungskommission der Gewerkschaften will natürlich jeder Beruf vertreten sein, denn sonst kann er ja seine Mitglieder nicht vertreten. So erleben wir bei Verhandlungen, daß ansatz die ohnedies wirtschaftlich Schwächeren ihre Kräfte zum gemeinsamen Handeln zusammenfassen, jede Gruppe nur darauf bedacht ist, für sich einen Vorteil herauszuholen und sich herzlich wenig darum kümmert, was aus den übrigen wird. Diese Lohnpolitik bewegt sich ganz so, wie es die Unternehmer wünschen. Inwieweit sie eine einzelne Gruppe, die sie gerade im Produktionsprozess benötigen, scheinbar zufriedenzustellen, wimmeln sie die Masse der anderen Arbeiter ab. Ganz anders aber wäre es, wenn die Erkenntnis bei allen Arbeitern vorhanden wäre, daß einer für den anderen einzutreten hat.

Dazu ist aber die Zusammenfassung der Arbeiterkraft in wenigen Organisationen Voraussetzung. Ist diese erfüllt, läßt sich das Klasseninteresse leichter stärken. Wir erleben es ja täglich, daß bald diese, bald jene Gruppe mit Hilfe ihrer Berufsorganisation selbständige Lohnpolitik macht, sich dabei aber keinen Deut um die Auswirkung auf die anderen Klassengenossen kümmert. Viele Fälle könnten nachgewiesen werden, wo in den einzelnen Betrieben die verschiedenen Berufs Lohnverhandlungen durchführten, dabei aber die Mitarbeiter nicht liegen ließen. Für diese sogenannten Unkostenarbeiter ist es natürlich schwerer, etwas zu erringen. Ob aber eine solche Lohnpolitik zum Nutzen der proletarischen Allgemeinheit ausschlägt, muß bemerkt werden.

Noch ein kurzes Wort zu den Bemerkungen der Gegner der Zusammenfassung in Industrieverbände. Wenn sie behaupten, daß die Berufsorganisationen leistungsfähiger seien als Industrieverbände und zum Beweis dafür Lohnvergleiche ziehen, so muß gesagt werden, daß sie dabei wohlweislich übersehen, daß in keiner Wirtschaftsgruppe eine solche gewaltige Zusammenfassung stattgefunden hat, als im Bergbau und in der Hütten- und Metallindustrie. Dazu kommt, daß diese Industrien am stärksten unter der Wirtschaftskrise zu leiden hatten. Das sind Erscheinungen, die bei Vergleichen unbedingt in Rechnung gestellt werden müssen. Auch in der Metallgruppe können sich die Löhne der Klein- und Mittelbetriebe jederzeit mit denen der übrigen Gewerbe messen, wobei ich besonders unterstreichen möchte, daß sie alle noch sehr verbesserungsbedürftig sind. Hinzu kommt aber noch, daß wir in der großen Metallindustrie nicht eine Lohnpolitik treffen können, die auf Berufs- oder Gruppeninteressen aufgebaut ist. Damit sind auch die Schwierigkeiten angebeutet, die wir im Industrieverband der Metallarbeiter im Gegensatz zu den reinen Berufsorganisationen zu überwinden haben. Welche Arbeit jedoch die wertvollere ist für die Gesamtheit der Arbeiterschaft, dürfte nicht schwer festzustellen sein.

Unterstreichen wir aber nochmals, daß nicht die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht die Zeit-, Kraft- und Geldersparnis es allein sind, was uns zwingt, die gewerkschaftlichen Kräfte fester und inniger zusammenzuschließen, sondern vielmehr die Lösung der Wirtschaftsprobleme der Gegenwart und der Zukunft. Der Ar-

beter, der heute fast noch ganz im Abhängigkeitsverhältnis des Unternehmers steht, muß zu einem freien Glied der Wirtschaft gemacht werden. Wir wollen und müssen in das Netz des kapitalistischen Wirtschaftsgetriebes eindringen, uns ein Mitbestimmungsrecht erringen. Wir wollen und müssen unsere Anerkennung als Gleichberechtigte in Staat und Wirtschaft erkämpfen. Wir wollen den Aufstieg der Menschheit zur Höhe. Wir wollen den Sozialismus. Glaubt man denn wirklich, mit der jetzigen Organisationsform diese Fragen lösen zu können? Bei Erringung unserer Ziele spielt die Organisationsform durchaus keine untergeordnete Rolle. Sie ist unser Werkzeug, unser Rüstzeug im Kampfe.

Es ist selbstverständlich, daß man sich nicht gerne von alten, liebgewordenen Einrichtungen trennt, aber um des besseren Aufstieges der Arbeiterklasse willen muß man solche Opfer bringen. Möge Breslau uns zum Segen und Nutzen der Arbeiterschaft einen Schritt vorwärts bringen. S. Bräumer, Mannheim.

Die Frage, ob Berufs- oder Industrieorganisation, ist in der Hüttenindustrie, wo ich tätig bin, zu einer für die organisierte Arbeiterbewegung brennenden Frage geworden. Das ist auch leicht erklärlich. In der Hüttenindustrie, auf verhältnismäßig engem Raum, mit ihren vielen Berufsarten und Dutzenden von Organisationen aller Schattierungen gibt es immer neuen Konfliktstoff in der Abgrenzung ihres Tätigkeitsfeldes innerhalb des Betriebes. Die immerwährenden Streitigkeiten abzustellen, ist um der Arbeiterbewegung willen unerlässlich. Gerade die in der letzten Zeit durchgeführte Lohnpolitik der Berufsverbände, deren Lohnbasis sich immer mehr nach oben von der Lohnbasis der Hüttenleute entfernte, wogegen an sich natürlich nichts einzuwenden ist, bringt den in der Hütte beschäftigten berufsfremden Arbeiter ständig zwischen zwei Feuer. Ein fester Lohnsatz für die Maurer in der Hütte ist bis jetzt nicht durchgeführt; aber die Arbeit haben diese Kameraden nicht niedergelegt, weil sie größtenteils an dem Akkorden und Prämien der Hüttenproduktion beteiligt sind. Durch den Urlaub und die sonstigen sozialen Vergünstigungen, die die Berufsverbände haben, fühlen sie sich als ein Bestandteil der Metallindustrie. Es ist auch unverkennbar, daß die in berufsfremden Organisationen befindlichen Leute sich bezüglich dem Metallarbeiter-Verband anwenden, weil sie die Wichtigkeit der Industrieorganisationen fühlen oder weil sie sich, obwohl im Berufsverband organisiert, in allen Fragen des Betriebes an die Hauptorganisation, den Metallarbeiter-Verband, wenden müssen.

Auch haben die berufsfremden Organisationen mit ihren in den Hütten beschäftigten Leuten lange nicht die notwendig regsame organisatorische und geistige Verbindung. Das ist auch erklärlich, da die Vertreter der Berufsverbände über die Verhältnisse der Hütte zu wenig unterrichtet sind. Dieser Zustand ist deshalb schädlich, weil er die Gleichgültigkeit der Leute fördert. Die Duzende von Sondertarifen in einem Werk auf Grund der Abmachungen der Berufsorganisationen machen, wie leicht verständlich, der Betriebsvertretung die Arbeit nicht leicht.

Die in der letzten Zeit vorgenommene Regelung der Arbeitszeit für die verschiedenen Berufsgruppen ist doch auch ein Schulbeispiel dafür, wie wenig da fremde Organisationen einbringen können. Bei der ganzen Last der Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit für die Leute der Thomasmühle (Transportarbeiterverband), die der Metallarbeiterverband beauftragt hat, hat der Vertreter des Transportarbeiterverbandes weiter nichts getan, als zum Schluß in der Betriebsversammlung zu behaupten, diese neue Arbeitszeit hätte man ihm zu verdanken. Das verständnislose Verhalten der Belegschaft befreite ihn eines andern. Die Meisterlein untereinander haben nachgelassen, da, wie schon gesagt, die verschiedenen organisierten Leute danach trachten, die Wichtigkeiten der Vielverbänderei auszugleichen. Ich habe nur ein paar Beispiele aus der Hüttenindustrie gegeben, um zu beweisen, daß die Verhältnisse nicht so weitergehen dürfen. Nun noch einiges über die Industrieorganisation.

Wollen wir die Errichtung der Industrieorganisation fördern, dieser höchsten Leben geben, dann muß die Organisationsweise eine andere werden. Wir werden auch künftig die verschiedensten Gruppen innerhalb des Wertes vom Sonderberuf bis zu seinen Ausläufern haben. Diese Gruppen haben sehr oft in der Art ihrer Arbeitsstätigkeit Sonderbedürfnisse. Mögen diese in tariflicher Natur, wie der Aufbau von Akkorden und Prämien, oder in der Arbeitsweise an sich bestehen. Diese Sonderbedürfnisse müssen auch innerhalb der Industrieorganisation gepflegt werden. Dazu ist es notwendig, daß sich diese Verufe auf Grund ihrer besonderen Arbeitsstellung innerhalb der Organisation zu festen Branchen zusammenschließen, wie es ja jetzt schon teilweise die Former, Klempner und Monteur tun. Diese Branchen könnten sich auf die Walzwerkarbeiter, Elektriker, Gas- und Kraftwerkarbeiter usw. ausdehnen. Notwendig ist nur, daß tüchtige Branchendeute die Leitung in die Hand nehmen und so Gewähr dafür bieten, daß kein Staat im Staate entsteht. Eine mit allem Eifer betriebene Branchenbelegung innerhalb der Industrieorganisation führt den Bau an allen Seiten, gibt ihm mehr organisatorische und geistige Regsamkeit. Zudem wird die Industrieorganisation ausbreiten und vertiefen, gehen wir zwangsläufig den Weg, den uns die Industrie mit ihrer Konzentration vorschreibt. W. Diekmann, Dortmund.

Wenn die Arbeiterschaft gesiegt

Sie werden Häuser bauen und bewohnen; sie werden Weinberge pflanzen und derkeibigen Früchte essen. Sie wollen nicht bauen, das ein anderer bewohne, und nicht pflanzen, das ein anderer esse. Denn die Tage meines Volkes werden sein wie die Tage eines Baumes, und das Werk ihrer Hände wird alt werden bei meinen Auserwählten. Sie sollen nicht umsonst arbeiten... Seite 65, 21-23.

Maschinenteil allein, sondern bereits für die ganze Maschine in ihrer Wirkungsweise. Er muß sich bereits vorstellen können, welche Wirkung bei einer bestimmten Bewegung ein besonderer Maschinenteil ausübt, wie der Weg beschaffen ist, ob er bei seiner Bewegung mit anderen Teilen zusammenstößt usw. Erst wenn er alles dies klar im Kopf hat, kann er daran gehen, die Maschine technisch aufzuzeichnen, um dann an Hand von Konstruktionsregeln die fertige Durcharbeitung der Maschine vorzunehmen.

Nun soll der Junge allerdings nicht allein alles das zu erfassen suchen, was seinen späteren Beruf angeht, er soll vielmehr Gelegenheit nehmen, so viel als möglich auch von anderen Berufen zu sehen, weiß er ja doch noch gar nicht, nach welcher Richtung sich seine späteren Fertigkeiten entwickeln werden. Jedes Ding ist lehrreich, und sei es der einfachste Stuhl. Man erreicht dabei gleichzeitig, daß der Junge eine gewisse Achtung vor anderen Berufen bekommt, die ihn später zu weiterem Streben in dem eigenen Beruf anregt. Wenn auch das Bestreben in der heutigen Zeit dahin geht, einen Stamm heranzubilden, der in einer Sonderheit ausgebildet ist, so sollte der junge Mann doch alles daran setzen, wenigstens in seiner freien Zeit Gelegenheit zu nehmen, mit den Augen alles das aufzufassen, was ihm in keinem Beruf begegnet ist oder nicht begegnen wird. Wohl kann er aus Büchern sich allerhand Wissenschaft aneignen, aber sobald er einmal eine Arbeitsweise, angenommen das Formen eines Maschinenteils, in Natur gesehen hat, wird er dabei wesentlich mehr gelernt haben, als beim Studium eines Buches.

Es ist ja nicht gerade schön, was ich jetzt sage, aber um so wahrer: Was ich mit den Augen gesehen kann, steht niemand. Deshalb: Augen auf!

Dem jungen Mann sollte Gelegenheit gegeben werden, möglichst viele Betriebe verschiedener Art kennen zu lernen, und es sollte jede Möglichkeit ausgenutzt werden, wenn man einen Betrieb ansehen kann. Durch irgend einen guten Freund wird doch eine solche Erlaubnis wohl immer erwirkt lassen, und es ist Pflicht des betreffenden Erziehers, solche Gelegenheiten zu suchen, auch wenn einmal einige Unannehmlichkeiten damit verknüpft sind.

Großkampf in Belgien?

Seit Wochen liegt in der belgischen Metallindustrie die Möglichkeit eines Großkampfes vor. Sie ist handgreiflich nahe gerückt durch den Beschluß des außerordentlichen Kongresses des belgischen Metallarbeiterverbandes vom 21. Juni, daß die Arbeiter aller von der Lohnkürzung bedachten Werksstätten vom 1. Juli ab die Arbeit niederlegen werden. Dieser Beschluß ist nur die logische Folge einer Urabstimmung darüber, ob die Mitglieder sich der Lohnkürzung von 5 bis mittels Streik widersetzen wollen. Da diese Frage von 80 von der Abstimmenden bejaht wurde, war es selbstverständlich, daß der Kongress so, wie angedeutet, beschloß. Noch ehe der Beschluß gefaßt wurde, ist es in einer Reihe von Werken, vornehmlich der schweren Industrie, zur Arbeitsniederlegung gekommen, woran (bis zum 21. Juni) etwa 15 000 teilhaben sollen. Ob es tatsächlich zum Stillstand aller Räder der belgischen Metallindustrie kommt, wird man in ein paar Tagen wissen. Von ferne will uns die Lage weniger düster erscheinen, als sie uns aus den belgischen Zeitungen entgegentritt. In Belgien sind die Scharfmacher nicht mehr allmächtig. Dort ist seit einer Woche eine neue Regierung am Werke, der fünf Sozialisten angehören. Und daß diese um des Wirtschaftsfriedens willen ihre Machtmittel gegen ein halbscharfes Unternehmertum einsetzen wird, halten wir für selbstverständlich.

Ein ungarischer Märtyrer

Das Wüten der Horthy-Justiz zu schildern, fehlen die Worte. Wer ihr in die Klauen getät, muß seinem Schöpfer danken, wenn er sie wieder heil davontommt. Für die Art, wie sie die Gerechtigkeit beschleigt, liefert die Verfolgung des früheren Vorsitzenden des Ungarischen Metallarbeiterverbandes, Johann Banczai, einen neuen Beweis. Banczai, der auf mehreren unserer Verbandstage unser lieber Gast war, ist Schriftleiter der sozialdemokratischen *Wepawa* (Wormaria). Um das fürchtlos gegen das Horthy-Regiment aufretende Blatt zu ruinieren, sind gegen Banczai nicht weniger als drei- und fünfzig Preßprozesse anhängig gemacht, von denen nun einer nach dem andern durchgeführt wird. Kürzlich wurde B. zu vier Jahren Gefängnis und 20 Millionen Kronen Geldstrafe verurteilt. Der Wiener Arbeiter-Zeitung wird unterm 23. Juni aus Budapest gemeldet, daß B. weiter zu einem Monat Gefängnis und 5 Millionen Kronen Buße verdammt worden ist. Die Fortsetzung dieser Horthy'schen Gerechtigkeitsschleierei geht natürlich noch weiter. Die Verurteilungen gehen für Aufsätze, die B. als Verantwortlicher nur geschrieben hat, die aber von andern im Auslande lebenden Genossen geschrieben wurden. Da nun das ungarische Gesetz auch eine Verurteilung in contumaciam (in Abwesenheit des Angeklagten) kennt, so dürfte in allen diesen Fällen, wenn es nach Recht und Gesetz ginge, der verantwortliche Schriftleiter gar nicht verurteilt werden. Auf Grund dieses Umstandes sind die Urteile angefochten worden. Ob es zu einem für B. günstigen Ergebnis führt, ist natürlich keineswegs sicher. Wir wollen es sehr wünschen, damit unser tapfere Kollege Banczai, dem wir unsere innige Teilnahme versichern, von der Horthy-Justiz wieder loskommt.

Der Aufmarsch der Arbeiter in Australien

In Adelaide (Südaustralien) fand kürzlich eine große Arbeitskonferenz statt, deren Aufgabe es war, die Beziehungen zwischen den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften auszubauen, um die Aufstellung eines einheitlichen und umfassenden Programms der Arbeiter für ganz Australien zu ermöglichen. Da nun mit Ausnahme von Victoria in allen australischen Staaten Arbeiterregierungen am Ruder sind, wird der Augenblick für die Einleitung einheitlicher Maßnahmen zugunsten der Sozialisierung der Industrien als günstig betrachtet. Zu diesem Zwecke soll zunächst eine große Einheitsorganisation der Arbeiter geschaffen werden. Folgendes sind die Hauptpunkte des Programms für die nächste Zukunft: Ernennung eines obersten Arbeitsrates, gesetzliche Einführung der 44stündigen Arbeitswoche und Abhaltung internationaler Konferenzen.

Vorstandsmaß der amerikanischen Maschinbauern. Das Juniheft des Blattes des amerikanischen Maschinbauern-Verbandes bringt das Ergebnis der Urabstimmung über den künftigen Vorstand, den Schriftleiter, den Sängersauschuß usw. Diese Abstimmung war vom letzten Verbandskongress nach einer lebhaften Auseinandersetzung über die Politik des bisherigen Vorstandes beschlossen worden. Die Angriffe kamen von der kommunistischen wie von der konservativen Seite, wobei sich gewerkschaftliche und politische Einwendungen bunt mischten. Der langjährige Leiter des Verbandes ist Kollege William J. Johnson, der sich über seine gewerkschaftliche Tätigkeit hinaus ein hohes Verdienst um die Zusammenfassung der Gewerkschafter und bürgerlichen Radikalen in eine Bewegung für fortschrittliche Politik erworben hat. Eine Bewegung, die bekanntlich bei der letzten Präsidentenwahl mit dem dieser Tage verstorbenen Senator La Follette als Bannerträger an die 5 Millionen Stimmen erhielt. Kollege Johnson steht in der vordersten Reihe des fortschrittlichen Teiles der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Er als auch der bisherige Verbandskassier und der Schriftleiter betraden sich wieder. Die Abstimmung wurde mit einem ungeheuren Aufwand von Jungkraft gefaßt. Das Blatt des Chicagoer Ortsauschusses, *Federation News*, behauptet, diese Wahl sei die heißeste in der amerikanischen Gewerkschaftsgeschichte gewesen. Dies wird auch dadurch bestätigt, daß sich die Hälfte der Mitgliedschaft an der Abstimmung beteiligte. Das Ergebnis ist, daß Johnson und seine bisherigen Vorstandsfolger einschließlich des Schriftleiters Hewitt mit 18 000 bis 20 000 Stimmen wiedererwählt wurden, während die Gegenliste 14 000 bis 17 000 auf sich vereinigte.

Es ist auch ein ganz eigenartiges Gefühl für den Erzieher, wenn er dann einmal bei einer solchen Beschäftigung oder bei einer besonders lehrreichen Erklärung in die Augen seines Jünglings sieht und da das Funken und Glänzen erkennt, welches darin das Neue hervorruft. Am liebsten möchte der Junge alles mit einemmal sehen, in jedem Winkel möchte er kriechen, er hat soviel Fragen, die dem Erzieher unwesentlich erscheinen und doch für den Jungen so wichtig sind und deren Beantwortung in einer Weise erfolgen muß, die auf das Denken des Jünglings einwirkt, und nicht etwa in der Weise, daß der Jüngling eine Übersehung des Erziehers oder eine Gleichgültigkeit desselben herausfühlt. Noch gelangt beschäftigt sich der kleine Geist mit dem Gesehenen und immer wieder neue Fragen tauchen auf. Er folgert dann aus dem Gesehenen selbst und kommt so nach und nach zur Erkenntnis der Wirklichkeit. Es schadet auch gar nichts, wenn der Junge auch mal eine scheinbar ganz dumme Frage stellt, die Hauptsache ist, daß er über das Gesehene nachdenkt. Welche Meinung er sich dann bildet, ist vorläufig Nebensache. Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen, der sofort immer das Richtige weiß. Denken wir an unsere Lehrjahre zurück. Wo haben wir nicht überall herumgeschweifelt und wen haben wir nicht mit unseren Fragen gequält! Koch heute: Wenn wir etwas Neues sehen (das liegt nun einmal im Maschinbauern drin, das heißt in dem, wie oben gesagt, dazu geborenen), gehen wir der Sache auf den Grund und haben nicht eher Ruhe, bis wir das Neue nach Möglichkeit ganz erfasst haben.

Warum sollen wir uns nun dem Wunsch der Zeit fügen und unsere Söhne nur zu Handlangern ihres Berufs ausbilden lassen? Denken wir daran, wie es uns gegangen ist, als wir jung waren, wie wir am liebsten alles gemacht und alles gelernt hätten. Sie zum Spezialisten auszubilden, ist in späteren Jahren noch Zeit — dann, wenn man erst einmal ein sogenannter Allweltschmelz gewesen, dem keine Arbeit zu gering oder zu schwer war, der überall zugreifen konnte und von allem eine Ahnung hatte. Gerade in einer Zeit, die so gerne aus dem Menschen eine Maschine machen möchte, fordert gebieterisch, daß der Mensch sich dagegen mit allen Mitteln wehrt; daß er wohl zum Lebensunterhalt eine Arbeit, auch eine spezielle Arbeit, ausführt, daß er aber keine freie Zeit dazu benötigt, sich fortzubilden.

dem jungen Menschen nahegebracht werden, dann wird er von selbst so viel finden, was er früher achlos vorübergegangen ist und wofür er jetzt Erklärung findet.

Der weitere Schritt wäre dann, dem Jungen die Anwendung der Naturformen im menschlichen Leben von Menschenhand zu zeigen; immer an Hand von Vergleichen mit der Natur, so zum Beispiel die Brückenbogen, die Bölgungen über Fenstern und Türen besonders bei Neubauten zu beobachten, die Form von Fabricschornsteinen usw. bis zum einzelnen Maschinenteil. Auf diese Weise gelingt es, in dem Jungen das Verständnis für seinen späteren Beruf zu wecken und nebensächlich noch ein weiteres, nämlich ihn überhaupt empfänglich zu machen für äußere Eindrücke, ihn dahin zu bringen, daß er nicht stumpf durch die Welt geht.

Eine andere Art des technischen Sehens ist das räumliche Sehen. Es ist dies für den Maschinbauern unumgänglich nötig, soll er doch späterhin einmal nach einer Zeichnung, die irgendeinen Gegenstand auf einem flachen Blatt Papier zeigt, diesen Gegenstand räumlich gefaßt. Er muß also, mit anderen Worten, den Gegenstand, den die Zeichnung in technischer Weise zeigt, bereits als Körper im Geiste sehen können; er muß sich vorstellen können, welche Formen derselbe in allen Richtungen haben soll. Das hört sich sehr einfach an, ist aber viel schwieriger, als man glauben möchte, und es gehört fast eine besondere Begabung und Auffassung dazu, räumlich sehen und räumlich denken zu können. Der Sinn für dieses räumliche Sehen wird in den Schulen durch perspektivisches Zeichnen zu wecken gesucht, und hierbei kann man sehr leicht feststellen, wer eine solche Begabung aufweist. Es kommt dabei nicht darauf an, daß der betreffende Körper nun auch mit genau geraden Strichen hingzeichnet wird, das ist wieder eine besondere Handfertigkeit, aber schon an der Art und Weise, wie die Zeichnung angelegt wird, ist zu erkennen, wie weit das Vermögen des räumlichen Sehens bei dem Betreffenden geht. Will der junge Mann nun gar einmal noch weiter kommen und selbst Maschinen entwerfen und konstruieren, so ist dieses räumliche Sehen unbedingt notwendig. Er muß dadurch bereits die Formen des Körpers in seinem Geiste festlegen, muß diese Form dann in technischer Weise zu Papier bringen und dies nicht allein für einen

Gesamtaussperrung in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie

Nicht genug, daß zurzeit die Arbeiterschaft unter den schwersten Entbehrungen zu leiden hat und daß voraussichtlich in den nächsten Wochen und Monaten erneute ungeheure Lasten durch Verteuerung der notwendigen Nahrungsmittel dem arbeitenden Volke aufgebürdet werden, versucht das Unternehmertum mit den rücksichtslosesten Mitteln, die Lage der Arbeiter auf dem denkbar niedrigsten Stand zu halten.

Von jeher gehörte die Arbeiterschaft der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie zu denjenigen, deren Entlohnung durchaus unter dem Durchschnitt blieb. Wochentagen in der Inflationszeit, vorher oder nachher die Schmuckwaren fertigen Firmen noch so große Gewinne einbrachten, mochten sie sich Willen und Paläste bauen, Automobile und andere Annehmlichkeiten verschaffen, ihre Arbeiter bezahlten sie fast durchaus ungenügend. War doch bis vor kurzem noch ein Mindestlohn von 60 M in Pforzheim tariflich vereinbart, der wohl von einigen hochgeschulten Gruppen, wie Fasser, Graveure, Bijeleure, Bräder, Juwelenarbeiter, überschritten werden konnte, aber nur vereinzelt über 70 bis 92 M erreichte. Die Masse der Arbeiterschaft, vor allem die Angelernten, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, hatte im Alter von 25 Jahren Löhne bis zu 34 M herunter (Angelernte 55, Angelernte 49, Arbeiterinnen 44, 40 und 34 M). Eine Bohrerhöhung, die im Mai ds. J. verlangt wurde, lehnten die Unternehmer rundweg ab, die Industrie könne keinen Pfennig Lohnerhöhung ertragen.

Am 8. Juni wurde ein Schiedsspruch gefällt, der die Tariflöhne und die Affordgrundlage um 6 M erhöhte, das hätte für den gelerntsten Arbeiter mit 25 Jahren und älter einen Mindestlohn von 66 und eine Affordgrundlage von 69 M gegeben. Dieser Schiedsspruch wurde von unseren Funktionären als vollkommen ungenügend angesehen. Die Organisation versuchte nun durch Verhandlungen in einzelnen Betrieben höhere Löhne, als sie der Schiedsspruch festlegte, zu erhalten. Als bei der Firma Speidel, die etwa 800 Arbeiter beschäftigt, während der Mittagspause in einer Versammlung innerhalb des Betriebes die Arbeiterschaft zur Lohnfrage Stellung nahm und um wenige Minuten die Mittagspause überschritt, wurde ihr sofort erklärt: „Wer nicht innerhalb fünf Minuten an seiner Arbeit ist, ist entlassen.“ Diese Drohung brachte die Arbeiter erst recht in Gärung. Sie verließen geschlossen den Betrieb. Ein solcher Vorgang wieder in Pforzheim bei der ungeheuren Zusammenballung der Arbeitermassen ganz anders aus als in einem anderen Industrieort. Wie eine Stichflamme schlug in allen Betrieben die Empörung hoch. Hunderte von Betriebsräten erklärten, daß „wenn Speidel glaubt, so brutal mit seinen Arbeitern umspringen zu können, dann werden auch sie ihren Firmen zeigen, daß sie auch ohne weiteres die Arbeit verlassen können.“

In dieser Hochspannung griff der Schlichter erneut ein, und zwar auf Grund des § 12 der Schlichtungsordnung, da er „ein öffentliches Interesse“ für gegeben erachtete. Neue Verhandlungen wurden anberaumt. Sie brachten einen Mindestlöhndeslohn von 72 M und eine Affordgrundlage von 83 M .

Dieser Schiedsspruch brachte die Unternehmer außer Rand und Band. Ihr Syndikus drohte bei den Verhandlungen schon mit den schärfsten Maßnahmen der Unternehmung. Er berief sofort eine Mitgliederversammlung seines Verbandes ein, die am 21. Juni mit 458 gegen 2 Stimmen beschloß, am Freitag zur Kündigung der gesamten Arbeiterschaft der Schmuckwarenindustrie zu schreiten. Damit werden 25 bis 3000 Arbeiter rücksichtslos auf die Straße geworfen. Den Beschluß der Kündigung begründeten die Arbeitgeber so:

Der Schlichtungsausschuß hat durch seinen Schiedsspruch vom 22. Juni 1925 die Festsetzung von Mindestlöhnen vorgeschlagen, deren Höhe derselbe Schlichtungsausschuß zwei Wochen zuvor selbst als untragbar angesehen hat. Die Arbeitgeberseite lehnt es ab, dieses höchstverwerfliche Spiel mit den Lebensinteressen der Pforzheimer Industrie durch ihre Zustimmung zu sanktionieren. Am den verhängnisvollen Folgen einer etwaigen Verbindungszerstörung vorzuziehen, beschließt die von Hunderten von Arbeitgebern besetzte Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes, am Freitag die Kündigung der gesamten Arbeiterschaft der Schmuck- und Metallwarenindustrie mit vierzehntägiger Frist auszusprechen.

Aus der Begründung des Schiedsspruchs wollen wir einiges hervorheben, das davon zeugt, daß der Schlichtungsausschuß-Vorsitzende doch einigermaßen Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft im allgemeinen und für die der Schmuckwarenindustrie im besonderen aufzubringen in der Lage war. Der Schiedsspruch sagt unter anderem:

Sofort also die Lage der Arbeiterschaft eine Lohnerhöhung unbedingt erfordert, muß sie trotz der nicht günstigen Lage der Schmuckwarenindustrie erfolgen. Daß aber diese Voraussetzung gegeben ist, hat sich gerade in den letzten zwei Wochen zur Genüge gezeigt. Die Arbeiterschaft ist überall und so ziemlich in allen Geschäftszweigen mit Lohnforderungen herbeigetrieben. Es erhebt sich ungeheures, daß dies willkürlich, etwa auf Veranstaltung gewisser Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft geschieht. Denn dazu ist die Bewegung ja allgemein und zu unmaßig. Es muß vielmehr die fast überall bestehende schlimme Lage der Arbeiterschaft, insbesondere der bezahltesten und kühnsten Arbeiter, die die Hauptmasse bilden, die Ursache derselben sein. Dies beweist auch die große Zahl der ausgedehnten Ausstände, von denen nicht anzunehmen ist, daß sie alle leichtfertig, ohne wirkliches Bedürfnis nach einer Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, ausgedehnt sind. Denn jeder Ausstand setzt die Ausständigen schweren Entbehrungen aus. Es handelt sich vielmehr offenbar um das Aufkommen der Massen gegen die unerträgliche Lage, in die sie mit der Zeit gekommen sind.

zu sehen und immer wieder zu sehen, was es noch auf der Welt gibt, damit er nicht in der arbeitslosen Arbeit fester bleibt.

In jedem Menschen freit der Mensch, vorwärts zu kommen, es zu einer Stellung zu bringen, die ihm die Lebensbedingungen immer günstiger gestaltet. Die Erhaltung dieses Menschens ist nur möglich durch Weiterbildung. Nicht rasen und rasen, immer Selbsterziehung suchen, Neues zu sehen und zu lernen.

Wie oben gesagt, ist die Natur so beschaffen für die Technik, daß sie in jeder Weise anpassungsfähig zu werden vermag. So hat zum Beispiel die Erfindung des Flugzeuges nur möglich gewesen durch Beherrschung der Antriebskraft am den Propeller. Die Form der Flugzeuge ändern denen des Bogels, die der Luftschiffen denen eines Fisches. Alles haben wir nachahmen gelernt, viel ist uns gelungen. Wir haben Maschinen gebaut, vor deren Arbeitsweise der Götter können wir. Wir haben in gewissem Sinne die Elemente Feuer, Wasser, Luft und Erde bezwungen, eines haben wir noch nicht erreicht: Wir konnten der Maschine bisher noch keinen der fünf menschlichen Sinne übertragen. Die Maschine kann nicht hören, nicht sehen, nicht riechen, nicht fühlen und so weiter nicht denken. Doch hat man einige Maschinen oder Maschinenanteile mit Gefühlsorganen ausgestattet, aber ein Fehlen, wie es der Mensch empfindet, kann das nicht genannt werden, nämlich ein Bewußtseinsorgan.

Das Denken bei der Arbeit bleibt unentbehrliches Organ des Menschen. Eine Maschine kann mit allen möglichen Antriebsmöglichkeiten versehen sein, die bei vornehmlichen Leistungen wirksam werden und die Maschine fähigen, bei unvorhergesehenen Störungen über verfügen zu, weil der Mensch das Denken besitzt, das den Menschen befähigt, auch bei unvorhergesehenen Störungen die richtigen Anweisungen zu treffen. Immer wird der Mensch herbeigeführt, der die Arbeitsweise der Maschine leitet, und wenn er noch so langsam geht, so ist es aber unbedingt erforderlich, daß er nicht einseitig seinen Beruf verläßt. Er muß je nach den Umständen ertragen, was so mehr oder weniger technischer Natur ist. Das ist es, was er ertragen, ist ihm nur möglich, wenn er Augen und Ohren offen hält. In diesem Sinne sollte unsere menschliche Jugend erzogen werden, nicht, daß sie selbst Maschine wird ohne Denken und ohne Bewußtsein.

In der Tat muß zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmers jezt etwas Energisches geschehen. Dieselben haben unter den Kriegsfolgen besonders schwer gelitten, da sie regelmäßig nur eine mäßige Ausstattung an Mobiliar, Gerätschaften, Kleidern usw. besaßen. In der Nachkriegszeit war bisher ein Ersatz kaum möglich. Die Arbeiterschaft wurde mit der Aussicht auf bessere Zeiten vertrottelt und ließ sich anerkennenswerterweise vertrotteln. Es ist nun aber, nachdem seit der Beendigung der Inflationsperiode 1 1/2 Jahre verlossen sind, an der Zeit, daß endlich einmal Wandel geschaffen wird. Dabei sind, wie es eben in der Welt zugehen pflegt, Härten für viele Arbeitgeber nicht zu vermeiden, wie andererseits ein Teil der Arbeitnehmer vielleicht eine zu große Begünstigung erfährt. Ob und wie dies geändert werden kann, ist gegenwärtig nicht zu unteruchen.

Man hat den Spitzenlohn auf 72 M in der Stunde festgesetzt. Damit sollte vor allem dem erwähnten Gros der Arbeiterschaft, das verheiratet ist und Kinder besitzt, kräftig unter den Arm gegriffen werden, wobei freilich zugegeben werden muß, daß die richtige Fixierung der Zahl wie in allen solchen Fällen sehr schwierig ist. Bei der Festsetzung des Lohnes auf 72 M ist zugleich berücksichtigt, daß sich schon in der letzten Zeit, offenbar als Vorhub der geplanten Erhöhung der Löhne, insbesondere für Lebensmittel, Preissteigerungen z. B. des Fleisches gezeigt haben, und daß die Löhne nach allen bisherigen Erfahrungen, mag dies auch in der Regierungsverordnungsstelle werden, eine erhebliche Verteuerung des Lebensunterhaltes mit sich bringen werden. Dazu kommt, daß auch die Erhöhung von Verbrauchssteuern geplant ist und jedenfalls zur Wirklichkeit wird, daß auch die Miete, wenn nicht schon in dem laufenden Monat, so doch in kurzer Zeit auf 100 M erhöht werden wird. All dem muß jetzt schon bei der auf viele Monate berechneten Lohnerhöhung Rechnung getragen werden.

Die Pforzheimer Arbeiterschaft hat sich der Gewerkschaftsorganisation gleichgültig gegenübergestellt. Sie war wohl damit einverstanden, daß Lohnbewegungen durch die Organisation gemacht und zum Abschluß gebracht werden; sie schimpfte auch unangenehm darüber, daß die Organisation nichts mehr macht; aber sie selbst zu organisieren, Beiträge zu zahlen, Solidarität auszuüben, das haben Laufende und Abertausende Pforzheimer Arbeiter und Arbeiterinnen unterlassen und jetzt — haben sie die Duldung dafür von ihren „ankundigen Arbeitgebern“, die ja „jederzeit den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen bereit sind und die gar nicht begreifen können, weshalb man überhaupt eine Organisation braucht und für deren Kosten wöchentlich 80 oder 90 M vom Lohn ausgeben soll.“

Ein Unutzes wird das Vorgehen der Unternehmer haben: Die Pforzheimer Arbeiter werden in ziemlich deutlicher Weise aus ihrem Schlaf aufgerüttelt und sie werden einsehen, daß dem Schmarotcherstandpunkt ihrer „Herren“ nur durch eine geschlossene und mächtige Organisation Einhalt geboten werden kann.

Reiherstieg-Werft

Die Schließung der Hamburger Reiherstieg-Werft hat die größte Aufmerksamkeit hervorgerufen. Von verschiedenen Seiten ist das Vorgehen der Reiherstieg-Werft kritisch unterzucht worden, wobei ein Bedanke immer wieder auftritt, nämlich der, daß man hier die finanzielle Hilfe des Staates erlangen will. Die Vulkan-Werke A.-G. in Hamburg-Stettin hatten ja ebenfalls mit wenigen Tagen Frist die Schließung ihrer beiden Werke auf dem 1. April ds. J. angekündigt. Als Staatshilfe erreicht war, ging der Betrieb weiter. Die Reiherstieg-Werft und Maschinenfabrik A.-G. in Hamburg beschäftigte etwa 1400 Arbeiter und 600 Angestellte, für die bis Ende dieses Jahres Beschäftigung vorhanden gewesen ist. Trotzdem die Schließung des Betriebes.

Die Reiherstieg-Werft ist die älteste Werft Hamburgs. Die Aktionäre waren Hamburger Reeder und die Norddeutsche Bank in Hamburg. Alles „königliche Kaufleute“. Diese alte, auf fester Grundlage beruhende Verbindung ist zerfallen durch die Wirkung der Inflation, die als auch durch die Umkehrung der Fabrikation. Diese beiden Umstände haben es mit sich gebracht, daß der Reiherstieg — wie er kurz genannt wird — sich mit der bekannten Höpfer A.-G., der Karlsruher Maschinenbau A.-G. und den Motorenwerken Wamheim verbunden hat. Diese Verbindungen haben wohl bemerkt, daß die Norddeutsche Bank für unzulässig. Die Deutsche Reichsbank trat nach und nach an ihre Stelle. Der Aufsichtsrat wurde anders besetzt. Durch die Reichsbank, die bei dem Finanzstand der Preussischen Staatsbank (Eisenbahn) öfter genannt wurde, ist der Reiherstieg wirtschaftlich auch bei seinem alten Standpunkt in Mißkredit geraten. Trotzdem waren noch genügend Reserven und vor allem Reparaturen vorhanden. Doch das Geld fehlte. Die vor ungefähr Jahresfrist beschlossene Kapitalerhöhung wurde von den Aktionären, insbesondere der Berliner Bank, nicht durchgeführt. Warum die Höpfer A.-G., die nicht nur Aktionär, sondern auch hauptsächlichster Interzessionär ist, die Werft fallen gelassen hat, ist nicht ganz klar. Kann man es schließlich verstehen, daß die alten Geldgeber sich zurückzogen, so läßt sich aber beim besten Willen das Verhalten der neuen Aktionäre, die sich doch zweifellos heringebunden haben, nicht entschuldigen. Sollte für diese tatsächlich kein Weg vorhanden gewesen sein, die Werft in Betrieb zu halten, annual Arbeit vorhanden war? Sollte es sich hier nur um einen Akt des Kampfes zwischen dem Industriellen und Bankkapital handeln? Alle Angaben sprechen dafür. Denn als der Betriebsrat sich bei der Reichsregierung bemühte, war ihm der im Aufsichtsrat der Reiherstieg-Werft stehende Vertreter der Deutschen Reichsbank sehr behilflich. Dies kann womöglich auch so gewertet werden, daß alle Mittel angewandt wurden, um Staatshilfe zu erhalten.

Stark ist es auch angebracht, zu fragen, ob es richtig ist, daß die Reichsbank sich in beratenden Fällen für die Gewährung von Staatskredit einsetzt. Diese Frage muß wohl verneint werden. Der Unternehmer, der mit seinen privaten Geldern nicht zu Rande kommen kann, schließt rücksichtslos seinen Betrieb und schließt den Betriebsrat — dem er vorgezogen hat die Einsicht in den Beschäftigung freitig gemacht hat — bei den Reichs- und Landesbehörden zu einer Art besseren Vetelei heraus. Und wird man Staatskredit gewährt, ist der Unternehmer, also der Arbeiter und Angestellte benachteiligt — welcher. Bei den Werften, die sich mit dem Bau und der Reparatur von Schiffen befassen, liegen die Dinge noch so, daß mehr Betriebe und geringerer Auftragsbestand als vor dem Sturz vorhanden ist. Unsere Reichsbank, sowohl Reichsbank als Reichsbank, können, daß der Reinigungsprozess noch langwieriger einzeln und durchgeführt werden muß. Wer dies für richtig hält, muß Segen einer künftigen Finanzverwaltung sein. Die Arbeiterschaft hat keinerlei Ursache, dem Staat zur Verfügung für das bankrotte Unternehmen zu stehen. Im Falle der Reiherstieg-Werft wäre doch die Möglichkeit, daß das Unternehmen sich selbst helfen könnte — wenn es nicht gerade hätte, sich gegenseitig Schwierigkeiten zu machen.

Um den Industriebund

In den letzten Tagen sind im Zentralrat der Dörschder Metallarbeiter eine Unruhe über die Verschmelzung mit dem Bundesverbanden laut. Der letzte Vorstand des Dörschder-Verbandes hatte eine Mehrheit für die Verschmelzung, doch wurde beschlossen, die Gesamtmitgliederschaft in einer Abstimmung zu hören. Dieser haben sich von den 10000 Mitgliedern des Verbandes nur 400 an der Abstimmung beteiligt. Demnach stimmten 246 für den Verschmelzung und 154 dagegen. Die nach dem Beschluß des letzten Bundeskongresses notwendig herbeizuführende Abstimmung der gesamten Mitgliedschaft wurde also nicht erreicht, so daß sich nach dieser ergebnislosen Abstimmung der gesamte Verband als auch mit der Frage beschäftigen muß und zu entscheiden hat, ob trotz dieses Beschlusses an der Verschmelzung erfolgen soll. Diese Abstimmung zeigt auch, daß sich sehr viel Unklarheit über die Frage Industrie- oder Berufsverband? zu sehen ist. Die Zeitung des Dörschder-Verbandes hat viel getan, um die Verschmelzung zu fördern, ihre Bemühungen sind gescheitert an der Gleichgültigkeit der großen Masse.

Schriftenschau

Diplomatisches Jahrbuch 1925. Verzeichnis der obersten zivil- und Militärbehörden einschließlich der diplomatischen und konsularischen Vertreter aller Staaten der Erde sowie Zahlennachweise der Staaten über Fläche und Bevölkerung, Haushalt und Wirtschaft. Ein unentbehrliches Nachschlagewerk für jeden im öffentlichen Leben stehenden Wirtschaftler und Politiker. Verlag Justus Perthes, Gotha. Der Prozeß des Reichspräsidenten. Bearbeiter von Karl Brammer. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. — Der Reichspräsident Friedrich Ebert ist tot. Alles, was republikanisch gesinnt ist und Achtung vor menschlicher Größe hat, steht trauernd an der Bahre Friedrich Eberts. Die Reaktion aber verunglückt noch den toten Gegner weiter und setzt ihren Eigenfeldzug fort. Der Prozeßbericht gibt nicht nur die Verhandlungen, sondern auch die Vorgeschichte und die Konsequenzen von Magdeburg wieder. Der ausschlaggebende Band gibt ein lebendiges Bild von dem Kampf, der in Magdeburg gegen Republik und Reichspräsidenten geführt worden ist.

Die Tragödie Trogl. Mit Äußerungen und Beiträgen von B. Axelrod, A. Balabanoff, D. Bauer, E. Bernstein, Lenin, Radek, Sinowjew, Stalin, Trocki u. a. m. Herausgegeben von G. Dimitroff. Kart. 1,20 M , geb. 2 M . E. Laubach Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. — Das Schicksal Trozki, der nach Erscheinen seines Buches „1917, die Lehren der Revolution“ seiner sämtlichen Posten in der russischen Sowjetrepublik entzogen wurde, ist so einzigartig und sein Sturz von so eminenter politischer Bedeutung, daß es sich lohnt, über die wirklichen Ursachen seines Scheiterns Klarheit zu erhalten. Bei der vitalen Bedeutung, die die Entwicklung der Dinge in Rußland nicht nur für die Konfliktlösung der politischen Verhältnisse Europas hat, sondern ebenso sehr für die Festigung der westeuropäischen Arbeiterbewegung, ist eine dauernde Beobachtung der inner-russischen Verhältnisse unumgänglich.

Gewerbehygiene. Von Dr. med. Hans Weste, preussischer Landesgewerbearzt und Gewerbe-Medizinrat des Aufsichtsbezirks Wiesbaden. 192 Seiten. Sammlung Göschen, Bd. 350. Walter de Gruyter & Co., Berlin W 10 und Leipzig. 1924. Preis 1,25 Goldmark. — Dieses Göschenbändchen gibt einen Überblick über den jetzigen Stand der Gewerbehygiene. Im allgemeinen Teil ist die Entwicklung besprochen unter besonderer Berücksichtigung der ärztlichen Mitwirkung in der Organisation der Gewerbeaufsicht. Die neuesten Gesetzesbestimmungen sind genau angeführt, um jedem Interessenten auch die betreffenden Verordnungen an die Hand zu geben. Der Berufsberatung und Signierung sind ebenso wie der Meldepflicht gewerblicher Erkrankungen besondere Abschnitte gewidmet.

Währungsungleichung und Wirtschaftsanierung. Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1924. Von Fritz Kappeler. Frankfurt Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag. 84 Seiten, Preis 1,20 M . In der Form eines Rückblicks auf das Wirtschaftsjahr 1924 wird in dieser Arbeit eine Analyse der Währungsumstellung in Deutschland mit all ihren Auswirkungen auf die Entwicklung der Wirtschaft und insbesondere auf den Konsumturverlauf gegeben. Mit theoretischer Klarheit und auf Grund sorgfältiger Beobachtung der praktischen Gegebenheiten wird der Weg von der Rentenmark zur Reichsmark verfolgt und es wird dieser Prozeß der Währungsungleichung in Verbindung mit der Annahme des Dawes-Planes und den darauf folgenden Auslandskrediten als der entscheidende Faktor für den Ablauf der Konjunkturkrise des vergangenen Jahres geschildert. Wer sich von der gegenwärtigen Wirtschaftslage Deutschlands ein Bild zu machen wünscht und wer die wirtschaftlichen Tagesprobleme im Zusammenhang erkennen will, wird aus dieser Arbeit, die trotz der Schwierigkeit des Stoffes eine angenehme lesbare Form hat, Nutzen ziehen und bleibende Anregungen empfangen.

Die Eisengewinnung von den ältesten Zeiten bis auf den heutigen Tag. Von Prof. Dr. M. v. Schwarz und Dr. Fr. Dannemann. Mit 26 Abbildungen. Verlag R. Oldenbourg, München, Gluckstraße 8. Preis 1,80 M . — An Hand zahlreicher Abbildungen, zum Teil nach im Deutschen Museum zu München befindlichen Modellen, erdtern die Verfasser alle Verfahren zur Eisenproduktion und verfahren, auch die schwierigsten technischen Fragen der Neuzeit in klarer, auch dem Laien verständlicher Weise darzustellen.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 5. Juli ist der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Juli 1925 fällig.

Wir ersuchen die Mitglieder um bessere Beachtung des § 4 Abs. 4 und 5 des Statuts. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich vor Annahme ihm angebotener Arbeit bei der Verwaltungsstelle, in deren Wirkungsbereich die Arbeit aufgenommen werden soll, darüber zu vergewissern, ob der Arbeit annahme Gründe entgegenstehen.

Bei Aufnahmewechsel ist jedes Mitglied verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und in gleicher Weise an neuen Aufnahmestellen anzumelden.

Keine Ortsverwaltung darf die Anmeldung von Mitgliedern annehmen, die dieser Zustimmung nicht vollaus genügt haben.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Wegm der Beitrags-erhöhung
	I	II	III	IV	
Gorne	20	15	10	5	27. Woche
Landau	20	15	—	—	27. "
Kriegsh	15	15	5	—	27. "
Singen	20	15	10	5	27. "
Wöllingen	50	30	10	—	27. "
Waldshut	15	15	—	—	27. "

* Beträge in franz. Gs.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung kassatorischer Rechte zur Folge.

Stuttgart, Rübstr. 16. Der Vorstandsvorsitz.

Zur Beachtung! Bezug ist fernzuhalten:

von Jellensarbeitern nach Berlin 2; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The International Shipbuilders and Engineering Co. Ltd.“, „Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten A.-G.“) D.; nach Gummersbach (Firma L. und C. Steinmüller) St.; nach Norwegen 2;

2 = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R = Rückmeldung; M = Mißstände; A = Aussperrung. Arbeitsunfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Entbindung bei der zuständigen Ortsverwaltung über, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufahren. Das Schriftbild ist von der Verwaltung, der das Mitglied gemäß angeführt, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzuweheln zu lassen.

Einträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Dieses Verbandsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Rübstr. 16